

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Illust. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommersfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erscheint momentan dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis mit der Illust. Sonntagsbeilage vierjährlich 1 M. n. 75 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 40 Pf. Anzeigenpreis: die fünfgepflanzte Korpuszeile 15 Pf., Amtlicher Teil sechspfälzige Zeile 20 Pf., Reklamezeile 30 Pf. Beilagegebühr pro Tausend 10 M. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 82.

Sonntag, 15. Juli 1917.

28. Jahrgang.

Bon den Kriegsschauplätzen.

Amtlich, Großes Hauptquartier, 14. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am der Alliierte schickte gegen Abend Artillerie gegen unsere neuen Stellungen ein. Nachts bei Lombartzaude vorbrechende englische Angreife brachen verlustreich in unserer Abwehrwirkung zusammen. Auch östlich und südlich von Apenn sowie an einigen Abschnitten der Artois-Front war der Artilleriekampf lebhaft. Bei Vorfeldsiedlungen nordwestlich von St. Quentin wurde eine Anzahl Engländer und Franzosen gefangen eingezogen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Soisson und Reims nahm die Feuerkraftigkeit zu. In der westlichen Champagne und auf dem linken Maasufer blieb der Artilleriekampf bis zum Einbruch der Dunkelheit stark. Erkundungsverläufe der Franzosen wurden an mehreren Stellen abgestoßen. Südlich des Bois Soulains (nördlich von Reims) ließen sich unsere Sturmtruppen in feindlichem Grabenlinie und hielten sie gegen mehrere Gegenangriffe. Südwestlich von Somme-Py vereitete unser Feuer einen sich vorbereitenden Vorstoß. Am Walde von Woocourt wurden von unseren Artillerieren Gefangen gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der Völkerger Ebene waren die Artillerien tätig als sowohl. Am Wehranlage der mittleren Vogesen verließen einige Erkundungen erfolgreich.

21 feindliche Flieger und 1 Hafelballon wurden gestern in Luftkämpfen und durch Abwehrfeuer zum Abflug gebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Bei Dünaburg und Smorgon hielt die rege Geschäftstätigkeit an. Im Oktoburg war das Feuer nur im Abstand von Brzeczann lebhaft. Starke Regen beeinträchtigte auch südlich des Donets die Kampfhandlungen. Dort kam es nur südlich von Kaluz zu örtlichen Zusammenstößen.

Bei den übrigen Armeen und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Nicht amtlich, Berlin, 14. Juli. Wie verlautet, ist die vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg erbatene Entlastung aus seinen Amtshand bewilligt und zu seinem Nachfolger den bisherigen Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium und Staatskommissar für Ernährungsfragen Dr. Michaelis ernannt worden. Eine amtliche Nachricht liegt noch nicht vor.

Amtliches.

Höchstpreise für Frühgemüse und Heidelbeeren.

Nachdem das Königliche Ministerium des Innern infolge der schlechten Ernteerholung nochmals neue Erzeugerhöchstpreise für Frühgemüse festgelegt hat, ist der Bezirksverband seinerseits genehmigt, unter Aufhebung der in der Bekanntmachung vom 5. Juli veröffentlichten Preise für Gemüse und Heidelbeeren (G. u. O. 491) nachstehende Groß- und Kleinhandelshöchstpreise bis auf weiteres festzulegen. Die neuen Erzeugerhöchstpreise werden mit aufgeführt.

	1 Pfund	1 Zentner im heim. Erzeuger- geschäftshandel	1 Pfund im Kleinhandel
Erbsen, gedreht oder gereisert	40 Pf.	44 M.	55 Pf.
Bohnen, grüne	40	44	55
Wachs- und Perlbohnen	50	52	70
Kartoffeln, runde, kleine	30	33	40
Möhren u. längl. Kartoffeln	25	27	35
Kohlrabi	30	33	40
Frühzwiebel	22	24	30
Frühzwiebelkohl	20	22	28
Spinat (nicht Spinaletz)	28	30	40
Marillen	8	10	15
Heidelbeeren	35	44	60

Die Preise treten sofort in Kraft.

Grimma, 12. Juli 1917. G. u. O. 513.

Der Bezirkssverband
der Königlichen Amtshauptmannschaft.

3. A. Regierungsschreiber Dr. Schmidt.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen 12. diesjährigen Sitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Zum Besten der U-Boot-Spende ist der an 400 M. liehende Betrag aus der Stadtkasse bewilligt worden.

2. Wegen des Eindusses des Brandauer Weges mache man sich über die zu verwendenden Steine schlüssig.

3. Die Beschlüsse des Beschleunigungsausschusses vom 12. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen unter anderen die Ergänzung des Beschleunigungsausschusses; ferner handelte es sich um Kenntnisnahmen von Zuschriften der Firma Paul Schmidt.

Sohn wegen Verhandlung über die Abrechnung usw. und von Herrn Ingenieur Schäfer Leipzig wegen der Parthenenschleuse, um die Auszahlung eines Betrages an Herrn Klempnermeister Becker für die Umlegung der Gasleitung in der Altstraße, um die Wiederherstellung des Drehsprenglers in der Altanlage, um die Bezahlung einer Rechnung an Herrn Baumeister Dehmichen über Herstellung der Verbindung der Schleuse an der Höherstraße und um die Bezahlung von Rechnungen über Wasserleitungs-Ausbesserungen.

4. Verschiedene Lebensmittelzächen gelangten zur Kenntnis.
5. Die Holzverteilung an die Einwohner soll so erfolgen, wie dies mit Herrn Privatmann Karl Kaufmann am 5. d. Mts. vereinbart wurde. Über die Kohlenversorgung erfolgte eine längere Aussprache.

6. Gasauschlässe sollen bis auf weiteres noch erlaubt sein. Der Preis für Koch- und Leuchtgas wurde auf 25 Pf. für Kraftgas auf 20 Pf. je cbm erhöht.

Hierauf geheime Sitzung.

Naunhof, am 14. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Butterverkauf.

Der Verkauf für die Zeit vom 16. bis 22. Juli 1917 findet

Montag, den 16. Juli d. J.

nach den auf den Speisekettarten gedruckten Nummern statt bei Anna Haase, Langestraße 9

vorm. 9 bis 11 Uhr für Karten Nr. 1 bis 600

" 11 " 601 " 1100

Minna Schirach, Bahnhofstraße 16

vorm. 9 bis 11 Uhr für Karten Nr. 1101 bis 1700

" 11 " 1701 " 2200

Bertha Wiegner, Langestraße 54

vorm. 9 bis 11 Uhr für Karten Nr. 2201 bis 2800

" 11 " 1 " 2801 u. darüber.

Abgegeben wird auf jede Karte 1/2 Pfund Butter für 32 M. Außerdem werden auf jede Karte 15 Gramm Feintalg für 6 Pf. gewährt.

Naunhof, am 14. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Ausgabe der Nährmittelfäden für Kranke, Säuglinge, Schwangere und Stillende.

Auf Grund der Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft Grimma vom 8. d. M. werden Nährmittelfäden für Kranke, Säuglinge, Schwangere und Stillende gewährt.

Anträge hierauf sind

Montag, den 16. d. M.

vormittags im Meldeamtzimmer des Rathauses hier zu stellen. Dabei sind etwaige Anweisungen über Nahrungsmittel zurückzugeben. Die bis jetzt regelmäßig wöchentlich gewährte Kriegszulage für Stillende fällt weg. Die Nahrungsmittel können entweder von Herrn Apotheker Peters oder von Herrn Dr. Hattberg bezogen werden.

Jeder Kartenschnitt ist mit einer Bezeichnung verbunden, die nach Erlass der Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft Grimma innerhalb der darin gesetzten Frist bei dem von der Gemeinde bestimmten Apotheker oder Händler abgegeben werden kann.

Naunhof, am 13. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Abstempelung der Kartoffelkarten für Schwerarbeiter.

Nach Bestimmung der Reichskartoffelstelle darf bei der Kartoffelversorgung als Schwerarbeiter nur ein Teil der Schwerarbeiter im Sinne der Brotdistribution berücksichtigt werden. Eine Anzahl Personen, die Brotzettelkarten erhalten haben — solche mit wenig schwerer körperlicher Arbeit — muss daher bei der Abstempelung unberücksichtigt bleiben.

Die Abstempelung erfolgt

Dienstag, den 17. Juli d. J.

vormittags von 10 bis 12 Uhr im Meldeamtzimmer des Rathauses hier.

Naunhof, am 14. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Ersatz für Speisekartoffeln.

Von der am 18. d. M. beginnenden nächsten Kartoffelversorgungswoche ab werden als Ersatz für jeweils 5 Pfund ausgelieferte Kartoffeln, also jeden Wochenabschnitt 1 1/2 Pfund Brot oder 450 g Mehl gewährt. Die für Schwerarbeiter auf die doppelte Kartoffelmenge gültigen Kartoffelkartenabschnitte gelten über die doppelte Menge.

Brot und Mehl können durch die bessigen Bäcker oder Mehleinhaber bezogen werden.

Andere Ersatzmittel (z. B. Kartoffelwalzmehl) können nicht mehr gewährt werden.

Naunhof, am 14. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Gaspreis.

Von jezt an kosten

Leucht-, Koch- und Heizgas 25 Pf. je cbm

Kraft- (Motoren-) Gas 20 Pf. je cbm.

Naunhof, am 14. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Pflichtfeuerwehr.

Mittwoch, den 18. Juli 1917 abends 1/2 Uhr
Übung der gesamten Feuerwehr.

Stellen am Speizenhaus. Armbinden sind anzulegen. Ungerechtfertigte Versäumnis wird bestraft. Entschuldigungen sind schriftlich, spätestens zwei Tage nach der Übung bei dem Stellvertretenden Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr Herrn Schornsteinfeuermeister Schröder abzugeben.

Als Entschuldigungsgründe für das Fehlen bei einer Übung gelten nur Krankheit und unaufsehbare Abwesenheit vom Orte.

Naunhof, am 13. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

Mittwoch, den 18. Juli 1917 sollen in Standtniz 1 Kuh und 10 Gänse gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Sammeln der Bieter: Mittag 12 Uhr im Gasthof dafelbst.

Grimma, am 13. Juli 1917.

Q 243/17.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Scheinen.

Einlagen auf Sparbücher: Tägl. Vergütung 4%.

Jähr. Rändigung 4%, Größere Einlagen nach Vereinbarung.

Geschäftszeit: 9—1 Uhr. Postcheckkonto: Leipzig Nr. 10783.

(Um Wochenende)

Es gab einmal eine Zeit, da unsere besten Patrioten fürchten mussten, dass die Feder des Diplomaten verderben könnte, was das Schwert des Soldaten errungen hatte. Nicht als die drei Breuhenkriege geschlagen wurden, durch die unsere Väter den Aufbau des deutschen Reiches ermöglichten; damals stand Bismarck hinter Moltke und Roon, und der Mann verstand sein Handwerk. Aber Blücher und Gneisenau verzerrten sich, als der Krieg zerstört am Boden lag, nor hundert Jahren, vor Sorge um die Früchte ihres Krieges, und der Ausgang des Wiener Kongresses hat ihre schlimmsten Erwartungen schließlich noch übertrffen. Damals gab es noch keine Parlamente. Heute sehen wir, dass so ähnlich in allen kriegsführenden Ländern mehr oder weniger erhebliche Brüderfeinde der Regierungen erschaffen sind, und das infolgedessen neben den äusseren sich inneren Kriegsschauplätzen entwickeln, auf denen je länger desto unaufhaltsame Entscheidungen von weittragender Bedeutung zum Durchbruch kommen.

Auch in Preußen und Deutschland sind wir jetzt an einem solchen Wendepunkt angelangt. Der Reichstag hält Abrechnung mit dem Kaiser und seiner Geschäftsführung. Fünfzehn Milliarden soll der Reichstag abermals bewilligen zur weiteren Fortführung des Krieges — und er wird sie bewilligen, gewiss. Aber außer will er seinerseits bestimmte Forderungen durchsetzen, Fragen stellen, Zweifel klären, die sein Herz befreuen, er will Sicherheiten haben, Erfüllungen sehen, wo bisher nur Versprechungen gegeben wurden, kurz, er will auf höhere bloße Gewilligungsmöglichkeit zu sein. Man soll im feindlichen Auslande Beweise dafür erhalten, dass auch das deutsche Volk nicht

sich seit drei Jahren gegen uns erhoben hat. Über der Reichstag bietet nicht das Bild eines einheitlich gekröpften Willens. Die Konservativen und was ihnen näher verwandt ist, stehen abseits. Und die vier Parteien, die sich zu dem Böschung gegen die Reichsleitung zusammengetan haben, sind untereinander in manchen Punkten einig, in vielen aber ganz und gar nicht unter einen Hut zu bringen. Einigkeit und Einheitsrichtungen lassen weit auseinander — nur darin, daß etwas gleichen muß, nachdem die Dinge nun einmal so weit gediehen, stimmen sie überein. Ein Glück, daß ihre Verhandlungen und Besprechungen hinter verschlossenen Türen vor sich gingen, die Bewirrung wäre sonst noch unglaublich geworden. So wird auch die Blamage, die hinterher, wenn alles vorüber ist, für diese oder jenen Mitwieder nicht ausbleiben kann, sich in erträglichen Grenzen halten. Vorläufig ist das gleiche Wahlrecht für Preußen angefragt worden; die preußische Volksvertretung soll noch vor Beendigung des Krieges darüber entscheiden. Der Kanzler und Ministerpräsident wird er bleiben, wird er gehen? Seine Mitarbeiter und Gehilfen im Reich und Staat werden sie sich zurückziehen, weil sie den müssen, was nicht mitmachen können, oder werden sie verabschiedet werden, um Parlamentarier Platz zu machen, die dann zu beweisen hätten, daß sie nicht nur gute Menschen, sondern auch vortreffliche Musikanter sind? Der Kronrat mußte in dieser Woche wiederholt bemüht werden, Hoffen wir zum Verteiler der Volksräte, daß er die Ratgeber des Herrschers mit einem Straf seiner Weisheit auf den Platz des Heils geführt haben wird.

Wit unverhohlene Aufmerksamkeit folgen unsere Feinde dem Schauspiel, das Deutschland, das mächtige Volkswesen des mitteleuropäischen Blocks, in diesen Tagen der Welt geboten hat. Sie selbst werden auch von eigenen Sorgen geplagt; ist doch in der französischen Kammer der Präsident der Republik mit dünnen Worten der unmittelbaren Verantwortung für die furchtbare Katastrophe beschuldigt worden, die der Champagne-Armee in den Apriltagen dieses Jahres bereitet worden ist, und mußte doch der Ministerpräsident ganz unverblümmt zugeben, daß die Lasten des Krieges, an denen Frankreich seit drei Jahren am schwersten von seinen Verbündeten getragen, nunmehr gezielter verteilt werden müßten. Aber trotzdem: sie halten nicht Kron, sie halten Kriegssatz. Sie kommen zusammen, um sich immer von neuem darüber Rechenschaft abzulegen, wo an der Westfront mit einziger Aussicht auf Erfolg der entscheidende, der erlösende Stoß geführt, wo die Soldaten der russischen Revolution am besten für die Sache Englands und Frankreichs gepreßt werden könnten, wo Cadorna, wo Sorozai wieder einmal den Hebel angesehen haben, wie sich Syrien und Palästina, wie Arabien und Mesopotamien am geschicktesten von der türkischen Herrschaft befreien lassen, und wie Amerika das Werk der Vergewaltigung der noch neutralen Länder und Völker am wirkungsvollsten vollenden könnte. Die Gegenüberstellung ist nicht vom Übel. Wir müssen die Wahrheit sehen, auch wenn sie schmerhaft ist, und daraus die notwendigen Folgerungen ziehen. Im Wettsauf mit westlichen oder mit russischen Demokratien werden wir Deutsche doch immer den Rückeren ziehen. Begnügen wir uns mit der Neugestaltung der Verhältnisse, die der deutschen Eigentart befürchtlich ist, hütet wir uns dagegen vor blinder Nachahmungslust, auch wenn sie von noch so verbürtigten Weisen begleitet wird. Was aber geschehen soll und muß, möge unverzüglich besorgt werden — damit auch bei uns nach dem Kriege wieder der Kriegsrat in seine Rechte eintreten kann!

Zuspitzung der Krise.

Berlin, 18. Juli.

In den politischen Kreisen stieg heute vormittag die Erregung auf den höchsten Punkt. Das hatte keinen Grund in der bestimmt auftretenden Behauptung, daß die gestern als bestätigt ausgegebene Stellung des Reichskanzlers erneut schwer erschüttert sei. Wahrscheinlich hat dazu die Wendung der nationalliberalen Fraktion beigebracht, die einen direkt gegen die Person des Kanzlers gerichteten Schritt unternommen hat. Abermals wird gesagt, der Kanzler habe sein Abschiedsgesuch eingereicht und man nennt mancherlei Namen von Nachfolgern.

Nationalliberale und Zentrum gegen den Kanzler.

Im Namen der nationalliberalen Fraktion wurde, wie es heißt, ein Brief an das kaiserliche Stabillabett gerichtet, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß der Ansicht der Fraktion nach die Person Herrn v. Bethmann Hollwegs einen Hindernisgrund für einen Friedensschluß bilden würde. Eine andere Version lautet, die Nationalliberalen hätten diese Mietzeit sowohl dem Chef des Stabillabets Herrn von Valentin wie dem Staatssekretär Dr. Helfferich zugehen lassen, diesem mit dem Auftrage, den Reichskanzler selbst in diesem Sinne zu unterrichten. Nach der Kölnerischen Volkszeitung hätte die Zentrumsfaktion die gleiche Ansicht ebenfalls dem Kaiser und dem Reichskanzler nicht verhehlt. Das rheinische Zentrumsschiff sagt weiter, der Reichskanzler hätte schon verloren Freitag verstecken müssen, was eigentlich alle politischen Köpfe seit Monaten und Wochen erkannt hätten, die Notwendigkeit seines Zurücktrittes. Immer deutlicher würde die Überzeugung, daß der bisherige Reichskanzler ein Hindernis für den zukommenden Frieden sei. Alle feindlichen Staatsmänner, welche am Kriegsbeginn beteiligt waren, sind von der Leitung ihrer Regierungen verschwunden. Des Reichskanzlers Verbleben im Amt ist ein ständiger Anreiz gegen Verhandlungen mit ihm, und gegen einen Frieden mit Deutschland.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Die Berichterstattung der Presse wird auch dadurch ersticklich, daß Kaiser Wilhelm den erst vor wenigen Tagen von Berlin abgereisten ersten seiner Heerführer nebst dessen Generalstabchef wieder nach der Reichshauptstadt berufen hat. Das wird ähnlich wie folgt bekanntgegeben:

Berlin, 18. Juli.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers ist Generalstabschef v. Hindenburg mit dem ersten Generalquartiermeister Ludendorff heute Vormittag in Berlin eingetroffen.

Zweifellos sollen die Herren an einem neuen Kronrat teilnehmen, der vielleicht schon eine Entscheidung nach dieser oder jener Richtung treffen wird.

Vertagung des Hauptratschusses.

Berlin, 18. Juli.

Die heutige Sitzung wurde in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden Dr. Spahn von dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Südelius geleitet. Der Sitzungsraum des Aus-

schusses war mit einer größeren Zahl von Abgeordneten ausgestattet, als selbst bei großen Tagen im Plenum ausreichend zu sein pflegten. Die Führer aller Parteien waren zugegen, auch der Reichspräsident Dr. Maxdorf mochte die Sitzung bei. Nachdem er erschienen die Staatssekretäre v. Capelle, Lisco, Kraetze, Solf, Groß-Roedern, Zimmermann und schließlich, nachdem die Sitzung bereits begonnen hatte, der Botschafter Dr. Helfferich in Begleitung des Unterstaatssekretärs der Reichsregierung Dr. Bahnshäfe.

Bundsch entpann sich eine längere Geschäftsausordnungsdebatte. Dazu gab Beratung ein

Brief des Abgeordneten Erzberger

an den Vorsitzenden des Ausschusses. Herr Erzberger regt darin an, über die vertraulichen Verhandlungen des Ausschusses einen amtlichen Bericht herauszustellen. Alle anderen Berichte sollten von der Zensur unterdrückt werden. Nach langer Debatte für und gegen, wurde die Frage der Geschäftsausordnungskommission des Reichstages überwiesen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde aus den Reihen der Abgeordneten heraus lebhafte Frage darüber geführt, daß eine ganze Reihe von Regierungsräten anwesend seien, die mit den Arbeiten des Hauptratschusses nichts zu tun hätten. Es wurde darauf verwiesen, daß von Kriegsgeellschaften und Unterabteilungen des Reichsamtes des Innern Regierungsräte anwesend seien, meist jüngere Regierungsräte. Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte, er habe Vorbereitung getroffen, daß nur die Regierungsräte anwesend seien, die tatsächlich mit den zur Verhandlung stehenden Fragen beschäftigt seien. Auch diese Angelegenheit wurde dem Plenum des Reichstages zur weiteren Erledigung überwiesen, worauf sich der Ausschuss vorläufig auf unbestimmte Zeit verlagerte.

Abg. Ebert beim Reichskanzler.

Vor der Vertagung der Sitzung des Hauptratschusses nahm der Führer der Sozialdemokraten Abg. Ebert das Wort, als man in die Debatte über die Friedensformel eintreten wollte. Abg. Ebert gab die Erklärung ab, er sei tags zuvor beim Kaiser gewesen; dieser habe ihm aber gesagt, daß er auch jetzt noch nicht in der Lage sei, sich irgendwie über unsere Kriegssätze zu äußern oder sich auf bestimmte Kriegssätze einzulegen. Staatssekretär Dr. Helfferich bestätigte das. Da unter diesen Umständen jede Debatte über „Friedens“-Formeln ausslos sei, beantragte Abg. Ebert die Vertagung des Hauptratschusses auf unbestimmte Zeit. Die Annahme des Antrages erfolgte ohne Widerrede.

Erklärung der konservativen Partei.

Der Vortrag der konservativen Partei veröffentlicht folgende Erklärung zu dem königlichen Erlass über die Wahlrechtsfrage:

Durch die Allerhöchste Kabinettssitzung vom 20. Februar 1917, die der Kaiser und König von Preußen an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, wird die Vorbereitung eines Gesetzes bestimmt, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet. Das gleiche Wahlrecht entricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preußischen Staates und nicht den der preußischen Gesellschaft vorbehaltene geistige und soziale Aufgaben. Es ist vielmehr geeignet, das rechte Gefühl Preußens zu erhalten und auch diesen Staat der vollen Demokratierung auszufließen. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und der Überzeugung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservative Partei nimmt weder anzuverkennt, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzubauen und den Siegeswillen des Volkes zu fördern. Die in Aussicht gestellte Änderung des preußischen Wahlrechts kann daher die konservative Partei nur mit ernsten Bedenken und mit tiefen Sorgen für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

Elsässisch-lothringisches Wahlrecht für Preußen?

Im Braunschweiger Volksfreund erklärt der sozialdemokratische Abg. Reil zur preußischen Wahlrechtsfrage: Unter Preisgabe der das gleiche Landtagswahlrecht ablehnenden Minister beugte sich der Kontrakt den elementaren Sozialfordernissen und stimmte der Einführung des elsässisch-lothringischen Wahlrechts für den preußischen Landtag zu. In Elsass-Lothringen geht die Zweite Kammer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervor. Wahlberechtigt sind alle männlichen Einwohner, sofern sie Reichsangehörige, 25 Jahre alt und drei Jahre Ihren Wohnsitz im Lande haben. Die Erste Kammer besteht aus gewählten und ernannten Mitgliedern. Wahlbar zur Zweiten Kammer sind männliche Einwohner im Alter von 20 Jahren.

Keine Änderung der Friedensformel?

Berlin, 18. Juli.

Weißtach wurde gemeldet, es sei eine neue Friedensformel aufgetaucht, die von dem nationalliberalen Abgeordneten Professor Dr. von Galter den Rahmen erhalten habe. In dieser Fassung sollte der unabdingbare Willen zum Sieg und zum Durchhalten stärker betont sein. Das Szenario sollte sich den nationalliberalen Wünschen geneigt zeigen. Diese Frontänderung des Zentrums sollte auf das Enttreffen des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hartling und zahlreicher bayerischer Abgeordneten in Berlin zurückzuführen sein. Demgegenüber erklärt ein Mittagsblatt von angeblich gut unterrichteter Seite, alle diese Angaben seien unrichtig und entflammten müßigem Gerede.

Die Friedensformel steht seit Tagen fest, ebenso seit die Friedensformel eine große Rechtfertigung im Reichstag vorhanden. Der einzige unsichere Faktor in dieser Rechtfertigung waren die Nationalliberalen. Diese haben in ihrer letzten Fraktionssitzung die Abstimmung über die Friedensformel ihren Mitgliedern freigegeben, und ein Teil der nationalliberalen Abgeordneten wird für die Friedensformel stimmen. Der Versuch, die Parteien auf eine neue Friedensformel zu einigen, die tatsächlich vom nationalliberalen Abg. von Galter gemacht worden sei, habe im Reichstag außerhalb der Reihen der nationalliberalen Fraktion keinen Anfang gefunden.

Die Nationalliberalen hielten nach wie vor an der alten Friedensformel fest und auch das Zentrum habe allen anderen Meldungen zum Trotz in seiner letzten Sitzung sich mit großer Rechtfertigung eine ganz verschwindende Würde auf den Boden der Friedensformel gestellt.

Grenzen der Neuorientierung.

Köln, 18. Juli.

Die Köln. Volksatz. schreibt zu der Frage, ob auf dem beschworenen Begriff des Nachgebens gegenüber den

Verteidigungen der Waffen weitergegangen werden soll, man sollte sich darin versöhnen, daß allgemeine geheimer, direkte und gleiche Wahlrecht für Preußen jetzt anzunehmen, dann aber auf die Einführung des förmlichen parlamentarischen Systems zu verzichten, also die bislang starke Stellung der Krone unangetastet zu lassen und die Krone in der Auswahl derjenigen Männer, welche sie zur Ausführung ihrer Intentionen mit ihrem Vertrauen belieben will, nicht zu befrachten. Wenn die Krone, wie bisher, tüchtige, erfahrene, geschäftsgeschickte, ehrenhafte und aufrechte Männer, mögen diese dem Parlament angehören oder nicht, aus allen Ständen und Stufen des Volkes ohne jede Beschränkung zu Staatssekretären und Ministern ernenne, werde das Wohl des Volkes besser bedient sein, als wenn diejenigen berufen werden müssten, welche vielleicht nur die wunderbare Volksgeist, robuste Agitationskunst, eine zufällige Konstellation oder gar demagogische Struppellosigkeit zu augenblicklichen „Führern des Parlaments“ emporgetragen habe, ohne daß im übrigen ihre Eigenschaften und Fähigkeiten den Anforderungen eines solchen Postens entsprechen.

Verteilene Meldungen.

Berlin, 18. Juli. Ein Mittagsblatt weiß mitzuteilen, der Vorsitz des deutschen Kronprinzen, mit maßgebenden Volksvertretern über die Lage zu sprechen, sei von ihm selbst ohne weitere Anregung gefasst worden.

Berlin, 18. Juli. Den Meldungen über den Wortlaut der von den Mehrheitsparteien des Reichstages annehmenden Kriegszielentschließung kann die Läß. Abt. hinzufügen, daß von den Entwurf dieser Entschließung der Satz enthalten war: „Wegen einer Kriegsentzündung darf der Krieg nicht verlängert werden.“

Berlin, 18. Juli. Im dem Befinden des Zentrumsbüroabgeordneten Dr. Spahn ist eine erhebliche Besserung eingetreten. An eine Teilnahme des Zentrumsführers an den politischen Geschäften in den nächsten Tagen ist jedoch noch nicht zu denken.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Reine Höchstpreise für Wein. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Beder-Hessen hat an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie die Höchstpreise für Wein festzulegen. Daran ist nunmehr geantwortet worden, daß Maßnahmen des Reiches zum Zwecke der Einwirkung auf die Preisgestaltung beim Wein durch Festsetzung von Höchstpreisen zurzeit nicht in Aussicht genommen seien. Wegen einer Befreiung durch die Beteiligung an der Kriegswirtschaft ist dies unmöglich.

* Bergedorfer Zahlungsverkehr an die Patentamtstasse. Die im Reichsangeiger vom 12. März 1917 veröffentlichten Befehle zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit der Patentamtstasse haben neuerdings eine bedeutsame Ergänzung erfahren. Nach einer im Reichsangeiger vom 27. Juni 1917 erfolgten Bekanntmachung des Patentamts wird der Baarzahlung gleichgestellt der Einzug des Auftrags zur Guittchrift auf das Reichsbank-Girokonto der Patentamtstasse bei einer Bank, die dem Abrechnungsverkehr der Reichsbauambtan oder einer Reichsbauamtstelle angehört ist. Es ist zu hoffen, daß die beteiligten Kreise von dieser weiteren Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs regen Gebrauch machen werden.

* Wehrhafte Zusage eines Kriegsgefangenen. Wegen verbotener Annäherung an Kriegsgefangene hat das Kriegsgericht in Allenstein den 21 Jahre alten Kämpferin Max aus Villamovas, der einem russischen Kriegsgefangenen zur Flucht verhelfen wollte, zur höchsten zivilen Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, 14. Juli 1917.

Mitteilung für den 15. und 16. Juli.

Sonnenaufgang 4th (4th) | Mondaufgang 1st B. (2nd B.) Sonnenuntergang 5th (5th) | Monduntergang 6th N. (7th N.)

15. Juli. 1410 Jodello von Polen schlägt den Deutschen Orden bei Tannenberg — 1792 Franz I. von Österreich wird in Frankfurt a. M. zum Deutschen Kaiser gekrönt — 1815 Napoleon I. geht im Hause von Rodos auf Bord des englischen Linienfregatts „Bellophon“ und verläßt Frankreich auf immer. — 1862 Kaiser Ludwig II. geht — 1914 Huerta, Präsident von Mexiko, unterbricht dem Kongress seine Abdankung. — 1915 Die Arme Gallwitz durchbricht die russische Front bei Bratschus (17 500 Gefangene). — Vorfahrt der Arme Helios über die Winden. — Niederlage der Engländer am Tugur.

16. Juli. 622 Dschadscha (Flucht Mohammeds von Medina nach Medina): Beginn der moschmedanischen Zeitrechnung — 1664 Dichter Andrea Orosius gest. — 1834 Großfürstmann Lüderitz erwirbt Angro (Deutsch-Südwestafrika) — 1857 Französischer Dichter George Sand gest. — 1872 Norwegischer Polarfahrer Stalld Amundsen gest. — 1890 Dichter Gottfried Keller gest. — 1915 Durchbruch der russischen Front bei Krasnotam.

* Höchstpreis für Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse. Der Bundesrat hat eine Verordnung über Auskunftsplausibilität beschlossen. Danach sind der Reichskanzler, die Landessentralbehörden und die von diesen bestimmten Stellen berechtigt, jederzeit Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse jeglicher Art zu verlangen. Als „wirtschaftliche Verhältnisse“ werden in der Verordnung besonders erwähnt die Vorräte sowie die Leistungen und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Betrieben. Der Auskunftsplausibilität sind wie nach den früheren Verordnungen über Vorrätsberichtigungen unterworfen: landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmungen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände sowie alle Personen, die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wird, in Gewerbetrieb haben, oder gehabt haben oder auf Lieferung solcher Gegenstände beschäftigt haben. Natürlich bleibt die Auskunftsplausibilität von Privatpersonen auf diese Gegenstände beschränkt. Die zur Auskunftsberichtigung berechtigten Stellen und die von ihnen Beauftragten sind auch befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Geschäftsbüros und Geschäftsbücher einzusehen sowie Betriebsseinrichtungen und Räume zu befrachten und zu untersuchen, in denen Vorräte erzeugt, gelagert oder aufbewahrt werden oder in denen Gegenstände zu vermuten sind, über welche Auskunft verlangt wird. Die zuständigen Stellen sind wie bisher ferner befugt, die Einführung und Führung besonderer Lagerbücher vorzuschreiben. Zum Schutz der Unternehmungen ist vorgesehen, daß die zu den Ermittlungen Beauftragten streng verpflichtet sind, Vertraulichkeit zu beobachten sowie sich einer Verwertung der Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die sie in Erfahrung gebracht haben, zu enthalten. Wer dagegen verstößt, kann auf Antrag mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft werden. Auch bestimmt die Verordnung, daß das Ergebnis der Auskünfte oder Ermittlungen nicht zu steuerlichen Zwecken verwendet werden darf. Eine Rücksteinhaltung der Verpflichtung durch die Auskunftsplausibilität wird unter strenger Strafe gestellt, wobei eine Abstufung erfolgt, je nach dem ob Vorrat oder Fabrikatheit vorliegt. Vorräte, die verschworen worden sind, können als dem Staat verfallen erklärt werden, ob sie dem Auskunftsplausibilitätsgesetz oder nicht.

Bei den durch die Gemeinden verordneten Prüfungen von Soldaten angeforderten Wochentagsbörsen sind diese abgenommen oder die zur allgemeinen Erleichterung der Firmen derartigen Reise-Mittelpapiere nicht bei sich aufbewahrt werden dürfen. Bei den durch die Gemeinden verordneten Prüfungen von Soldaten angeforderten Wochentagsbörsen sind diese abgenommen oder die zur allgemeinen Erleichterung der Firmen derartigen Reise-Mittelpapiere nicht bei sich aufbewahrt werden dürfen.

Der (Vor- u. ist zur Arbeitsleistung für die Strafe) lt. B. L. A. vom nach 19. beurlaubt.

(Datum)

Dieser Reise-Mittelpass ist gültig bis

— In der heißen unbekühlten Wosser in Trinken. Als kühlendes, einen für den Tag ausreichen dünnes Tee, gleichzeitig welches des schwarzen oder Milchzuckers von Brombeeren nach kleiner Rinde

den soll, man eine gebraue, die jetzt ansonst s förmlichen so die bis- tadt zu lassen. Wenn die Städte ver- ständigen und zu Staats- Wohl des eigenen berufen wandelbare fällige Kon- zeit zu augen- tragen habe, Erfüllungen prachten.

tautellen, der nächsten Volks- am selbst ohne einen Wortlaut zunehmenden hinzufügen. ab enthalten er Krieg nicht zum Saabge- getreten. An politischen Ge- ständ zu denken.

tionalliberale Hofregierung schafft preise für Krieger werden. Einwirkung steigung von seien. Wegen einer Preis- zentrale. Abwehr- beteiligten bargebloten

en. Wegen das Kriegs- äußerlich Krieger- den Kriegs- ten jährligen gen.

4. Juli 1917.

B. (2^o B.) R. (7^o R.) en Deutschen reich wird in 5 Napoleon L. Vinkenriffes 1862 Dichter Regio, unter- rne Galli- Schengeme).

berlage der n Wette nach ang — 1864 name Süderis 1857 Franzö- Polarjahrer er gest.

liche Ver- über Aus- sichskünster, bestimmten wirtschaftliche, wirtschaft- be besonders Leistungs-

Der Aus- ngen über- gungen über- eichter ein- Borräte oder in der welche stellen sind en. Zum die zu den sind, Ver- bewertung sie in Er- gegen ver- einem Jahr- ast werden. Ergebnis der en Zwecken der Ver- ter strengt ist, je nach Borräte, die ver- dichten ge-

o Eingiebung der Zweimarkstücke. Mit der am gefündeten Auferkündigung der Nickel- und Silbermünzen wird jetzt begonnen. Der Bundesrat hat zunächst die Auferkündigung der Zweimarkstücke beschlossen. Das Zweimarkstück soll, wie es heißt, nur noch bis zum 1. Januar 1918 als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Bis zum 1. Juli 1918 aber müssen Zweimarkstücke noch zum gleichen Wert in Zahlung genommen werden. Man zieht die Zweimarkstücke ein, weil das Reichsministerium eine Umlaufmischung dieser Münzen in andere Zahlungsmittel, die ein größeres Bedürfnis vorliegt, vornehmen will.

— Naunhof. Der Vorsitzende der Schlangegesellschaft hat für nächsten Montag eine außerordentliche Generalversammlung angeordnet, in welcher zunächst einige freigewordene Gemter bestellt, des weiteren aber auch dringende Vereinsfragen geregelt werden sollen. Da an einer regelrechten Geschäftsführung festgehalten werden muss, erwartet der Vorsitzende, daß alle Mitglieder an diesen wichtigen Beratungen teilnehmen.

— Die siebente Kriegsanleihe ist, wie verlautet, im Herbst dieses Jahres zu ermartern. Viele Sparkassen geben Kriegsanleihe-Sparbücher aus, so auch die Sparkasse in Naunhof, auf die unter vorstehenden Zinsbedingungen Einzahlungen auf die nächste Kriegsanleihe gemacht werden können; wo nicht, lasse man sich ein besonderes Sparbuch ausstellen oder zahle auf ein schon vorhandenes ein. Auf diese Weise bereitet man rechtzeitig seine Beteiligung an der neuen Kriegsanleihe vor, was nicht nur volkstümliche Pflicht, sondern auch eine gute Kapitalanlage ist.

— Naunhof. Zur Versorgung der kleinen Stadt sind im Monat Juni d. J. 8751 cbm Wasser entnommen worden, im gleichen Zeitraum des Vorjahrs 4291 cbm. In diesem Jahre wurden demnach 4460 cbm mehr gebraucht.

M. I. Die Landesfeuerwehrschule schreibt uns: In Sachsen hat man bisher geschaut, die Fleischration, wie dies in vielen anderen Bundesstaaten und Provinzen des Reiches bereits geschieht ist, herabzulehnen. Die dringend notwendige Schonung des Milch- und Zuckervorrats aber zwang dazu, von dieser Woche ab das Höflichkeit, bis zu welchem der Kommunalverband die Fleischration herabstellen darf, auch im Königreich Sachsen auf 400 g herabzulehnen. Dies ist um so notwendiger, als die Fleischration vom 1. Juni 1917 erweitert hat, daß die Entwicklung des Rindviehbestandes im Königreich Sachsen ebenfalls ungünstig ist, als im übrigen Deutschland. Während die Rinde im Reichsdurchschnitt nur um 0,9%, abgenommen haben und die Rinde der Bullen und Ochsen nur um 0,5%, findet sich in den Städten in Sachsen eine Abnahme um 3,7% (Alte, und 10,0% Ochsen). Eine Beibehaltung der vollen Fleischration würde darnach die Milchwirtschaft Sachens und damit die Interessen der Verbraucher schwer schädigen müssen. Wenn dann auch die überwältigte Gewalt herabgesetzt wird, so wird doch die verbleibende Fleischration in voller Höhe von 250 g bis zur Gewährung einer höheren Ration unbedingt weiter gewahrt werden und die Ration wird darüber nur an der übergestellten Normalration festgehalten. Die Fleischmarken behalten nordäus in der vollen Höhe von 500 g ihre Gültigkeit. Die nicht sicherstellte Menge kann zum Ankauf von Konferten, Milch, Geflügel u. dergl. sowie in Gutswohnschaften auch weiterhin noch verwendet werden.

— Zur Sicherstellung und Überwachung der außerhalb der Lager beschäftigten Kriegsgefangenen, zur Verhinderung von Sabotage, von Ausbreitungen, Fluchtversuchen, Unbotmäßigkeit der Kriegsgefangenen gegen die Einwohner usw., zur Wiederherstellung ländlicher Kriegsgefangener, zur Unterstützung aller Maßnahmen, die zum Schutz deutscher Eigentums oder deutscher Bewohner getroffen sind, ferner zum Schutz der Feldflüchtlinge vor Entwendung oder Beschädigung durch jedermann, zur Sicherung industrieller Anlagen, Verkehrsanlagen, gegen Zersetzung oder Beschädigung, überhaupt zur Verhinderung jeder Zersetzung oder Beschädigung von Gegenständen, die für die Kriegsführung oder Kriegswirtschaft oder für die Erhaltung unseres Wirtschaftslebens von Bedeutung sind, werden in verschiedenen Orten des Körperschafts-Patrullen untergebracht werden. In Erfüllung dieser Aufgabe steht den Angehörigen dieser Patrouillen das Recht zum Waffengebrauch und zur Festnahme in bestimmten Fällen zu. Dementsprechend, daß die genannten Patrouillen diese Überwachungsfähigkeit nicht nur auf den Kriegsgefangenen selbst, sondern auch sonst jederzeit auszuüben haben, daß sie sich also immer im Dienst befinden, wenn sich irgend ein Anlaß zum Eingreifen bietet. Waffenanzug oder Dienstanzug ist hierzu nicht erforderlich. Die Patrouillen sind in bestimmten Fällen berechtigt, auch gegen Personen aus der Bevölkerung, wenn diese bei Verstößen oben bezeichneteter Art angetroffen werden, einzuschreiten. An alle Behörden und Bewohner ergeht das Erlassen, die Patrouillen in ihrer Tätigkeit lohnhaft zu unterstützen und durch unverzügliche Mitteilung etwaiger Vorhommisse die Maßnahmen so vollkommen als nur möglich mit durchführen zu helfen.

— Bekehr mit Heu! Nach der in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 147 erlassenen Bekanntmachung des Stellv. Generalkommandos 12 und 19 vom 26. Juni 1917 darf Heu bis auf weiteres nur an die Militärverwaltung und an sämtliche Kommunalverbände abgegeben werden. Dies gilt nicht für den Kleinverkauf von Heu in Mengen von täglich nicht mehr als 5 Zentnern, sofern es unmittelbar an den Verbraucher abgegeben und zur Beförderung bis zum Verbrauchsart über Eisenbahn noch Wasserweg benutzt wird. Zu widerhandlungen unterliegen der Bestrafung.

— Wochenhilfe für Ehefrauen hilfsdienstpflichtiger. Der Bundesrat hat am 5. Juli eine Verordnung beschlossen, nach der deutsche Ehefrauen während der Haltungsdauer des Hilfsdienstgelehrtes aus Reichsmitteln eine Wochenhilfe erhalten sollen, wenn 1. der Chemnitz eine Bekämpfung im Sinne des Hilfsdienstgelehrten ausübt und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens 6 Monate hindurch ausgeübt hat; 2. keine wirtschaftliche Lage ist infolge seiner Bekämpfung im Hilfsdienst nachweislich verschärft hat, und 3. ein Bedürfnis für die Wohlfahrt besteht.

Bei den durch die Eisenbahnüberwachungsreisenden vorgenommenen Prüfungen von Ausweisen sind häufig im Zivilreisenden Soldaten angetroffen worden die mit die Industrieverhältnisse zuschreibt oder entlassen und von diesen ohne jeden Anzeichen für kurze Zeit befreit worden sind, nachdem sie ihnen vorher die Militärpapiere abgenommen oder die Beiratshommando eingefordert haben. Zur allgemeinen Erleichterung ist es dringend erwünscht, wenn die betreffenden Arbeiter, die aus angeführten Gründen ihre Militärpapiere nicht bei sich führen können, für Urlaubsausweis einen Ausweis nach folgendem Muster ausstellen würden:

Der (Vor- und Zuname, Beruf) ist zur Arbeitsstelle für die Firma (Firma, Unterstift) (Ort, Straße) ... II. Berl. des Stells. Gen.-Kommandos ... U.-R. vom ... 19 ... entlassen und ist vom ... bis ... nach ... zwecks Regelung persönlicher Verhältnisse beurlaubt.

(Datum) (Firma, Unterstift) Dieser Reise-Ausweis wäre jedoch durch die zuständige Ortspolizeibehörde zu beglaubigen.

— In der heißen Jahreszeit empfiehlt es sich nicht, unbekochtes Wasser in größeren Mengen gegen den Durst zu trinken. Als kühlendes, durstlösendes Getränk sollte man auf einen für den Tag ausreichenden Vorrat halten, schwach gesüßten, dünnen Tee, gleichzeitig leichter Art. Hierzu verwendbar man an Stelle des schwarzen oder grünen Tees Lindenblätter oder Blüten von Brombeer-, Erdbeer- und Himbeerbütteln. Auch für kleinere Mengen sind durchaus Möglichkeiten sehr am Platze.

— Die Konserven im Blechdosen baldig zu verbauen, ratet ein Fachmann. Infolge des Mangels an Weißblech sind die Dosen aus Schwarzblech hergestellt worden, und in diesem ist die Haltbarkeit des Inhalts nur eine beträchtliche.

— Keine Preiserhöhung für Bündholz. Der Verein Deutscher Bündholzfabricanten hatte eine Preiserhöhung auf Bündholz antragt unter Hinweis auf die Preissteigerung aller Chemikalien sowie auf die Erhöhung der Selbstkosten. Die Reichsregierung hat jedoch diesem Antrage nicht folgen wollen.

— Der Königlich Sächsische Militärvereinbund hält am Sonntag im Altmühlhaus zu Dresden seine 44. ordentliche Bundesversammlung ab, und zwar unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Wirkl. Geh. Kriegsrat Feine. Nach dem erstatteten Jahresbericht zählte der Bund Ende Dezember 1916 insgesamt 1763 Vereine mit 199 445 Mitgliedern und 6368 Ehrenmitgliedern. Am Ende des Berichtsjahrs waren 92 343 Mitglieder zu den Fahnen einberufen. In Unterflügeln wurden im Jahre 1916 insgesamt 555 539 Mh. von den Vereinen gezahlt. Das Vermögen ist auf 7 048 212 Mh. geschlagen. Die nächste ordentliche Bundesversammlung findet voraussichtlich wieder in Dresden statt.

— Ein wohlfeiler Pudding für Landfrauen. In den meisten Gegenden ist es üblich, die erste, ganz gelbe, sette Milch einer frischmilchenden Kuh fortzuziehen in dem Überglauhen, sie sei ungünstig für Menschen, da sie auch beim Kochen gerinnt. Die Wissenschaft einer bekannten Dame bewahrt uns vor dieser Verschwendungen, und wir sind ihr so dankbar für das folgende im Oldenburgischen verbreitete Rezept, daß ich versuchen will, es andern mitzuteilen, um Ihnen in der jetzigen knappen Zeit zu einer erschämlich fälligen und wohltemperierten Mischgefest zu verhelfen.

Man röhrt je nach Menge und Personenzahl höchst Mehl und geriebene gekochte Kartoffeln zur frischen Milch, daß sich daraus ein dickerlicher Plattenkuchen ergibt, und legt etwas Salz, Zucker, Zitronenschale (Gewürz nach Belieben) hinauf. Der Teig darf nicht zu fest sein, da der Pudding sonst zäh wird. Ein übrigen gelingt er immer, und der Teig läßt sich im Geschmack nach Belieben verändern oder auch als Napfchuchen backen. Ich habe ihn 2 Stunden lang in ausgestrichener Puddingform im Wasserbad gekocht und geschmortes Obst dazu gegeben. Er sieht so schön gelb aus, als wären mindestens acht Eier darin, und ist sehr festhaltig.

— Mit dem Eisernen Kreuz I. Kl. wurde ausgezeichnet Grl.-Offizier Walther Koch beim Stabe 246 des Feld-Gef.-Regts. (bereits bereits das Eisene Kreuz II. Kl. und den „Oberstabsorden mit Schwertern“ II. Kl.) (Sohn des Herrn Prostiens Albert Koch, Naunhof).

Ferner wurden ausgezeichnet: Militär-Frankenwärter Max Michael mit der „Friedrich-August-Medaille“ in Bronze; Unteroffizier Paul Michael (bereits Inhaber des „Eisernen Kreuses“ II. Kl.) mit der „Friedrich-August-Medaille“ in Silber (beide Söhne des vorm. Bauunternehmers Hermann Michael, Naunhof).

— Kohlenfäuste aus Papier. Das Allerneueste sind, wie aus Berlin berichtet wird, solche Kohlenfäuste aus Papier. Das Allerwichtigste, schreibt eine Zeitung, ist nun, die Füllung für diese festen Papierfäuste schleunigst herbeizuschaffen; denn was nicht schließlich der beste Kohlenfack, wenn er leer bleibt muß...

— Die Polizeistunde nach dem Kriege. Der deutsche Gastwirtsverband hat an das Ministerium des Innern in Preußen eine Eingabe gerichtet, die Polizeistunde nach dem Kriege wieder zu aufstellen zu lassen, wie sie in den Gastwirtschaften vor dem Kriege gestellt war. Darauf ist folgender Bescheid ergangen: „Zu einer allgemeinen Anordnung, insbesondere im gegenwärtigen Zeitpunkt, liegt um so weniger Veranlassung vor, als die Fälle sehr verschieden liegen können, und die Polizeistunde auch durch eine besondere Bundesratsverordnung geregelt worden ist, über deren Auktionstrichter noch nichts Abschließendes bestimmt ist.“

— 18 Milliarden Feldpostsendungen waren bis Ende Mai von der deutschen Reichspost und Feldpost befriedigt und erledigt worden. Wer sich im Geist vorstellen kann, was mit diesen Sendungen für Riesenarbeit zu leisten war, der wird auch anerkennen, daß die Post während des Krieges sich vollständig bewährt hat.

— Gefangenausführung im Völkerschlachtdenkmal. Die am nächsten Sonntag, den 15. Juli nachm. 6 Uhr im Völkerschlachtdenkmal stattfindende Gefangenausführung wird vom Kommandor zu Leipzig unter der Leitung seines Chormeisters des Kar. Agl. Musikdirektor Gustav Wohlgebauß ausgeführt. Fräulein Marianne Franke Opernsängerin am Stadthaus zu Altenburg, hat ihre Mitwirkung glücklich zugestanden. Einzelheiten zu 75 Plz. sind im Vorbericht in der Holzmühlenhandlung von C. A. Klemm Neumarkt 28, und am Völkerschlachtdenkmal zu haben. Am Tage der Ausführung am Völkerschlachtdenkmal erhältliche Karten kosten 1.— Mark.

— Brandis. Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, daß alle männlichen Personen im Alter von 14—60 Jahren außerwehrdienstpflichtig sind.

— Grimma. Der Landesfeuerwehrverband hat die Stadt Grimma 34 000 Quadratmeter Land zur Errichtung von etwa 25 bis 30 Wohnheimstätten und 5,7 Hektar Land zur Anlegung von 10 bis 11 Wirtschaftsheimstätten angeboten.

— Wie bekannt, hat die Kriegsamtsstelle Leipzig in den einzelnen Amtshauptmannschaften eine große Anzahl sogenannter Reparaturämter errichtet und sie mit dem notwendigen Personal und Material ausgestattet. Dies ist jedoch lediglich mit der Absicht, die Fertigstellung der unbedingt erforderlichen Instandsetzungsarbeiten an allen landwirtschaftlichen Maschinen bis zum Beginn des Frühdruschs sicherzustellen. Schlußfolgernd soll hierdurch die Tätigkeit aller anderen landwirtschaftlichen Werkstätten, insbesondere diejenige der kleinen Betriebserwerber in keiner Weise berührt werden. Im Gegenteil, die Kriegsamtsstelle wird es mit Freuden begrüßen, und in jeder Weise unterstützen, wenn alle größeren und kleineren Werkstätten landwirtschaftliche Maschinen wie bisher die ihnen übertragenen Reparaturen ausführen und dadurch zur möglichst raschen Beendigung der Reparaturen mit Beitragen.

— Leipzig. Mit einem Kostenaufwand von 2 Mill. Mk. wird vom Schöpfer des Völkerschlachtdenkals, Heinrich Thiele, ein Stadion in Leipzig geschaffen. Die Baukosten von 2 Mill. Mk. sind bereits geschafft. Die Bauplatz ist auf 2 bis 3 Jahre berechnet. Das Stadion, die Kampfbahn, soll zur Austragung nationaler Wettkämpfe, Aufführung großer gelanglicher, theatralischer und leichtathletischer Veranstaltungen dienen. Es erhält eine Länge von 300 Metern (270 Meter Spielfläche), 100 Meter Breite (70 Meter Spielfläche) und eine Laufbahn von 600 Metern. Für Zuschauer sind 30 000 Plätze vorgesehen.

— Crimmitschau. Allwochenlich läßt sich hier in der Umgebung ein Flieger nieder, der stets wohlbeachtet mit landwirtschaftlichen „Bomben“ wieder aufsteigt. Der Volksmund hat ihm bereits den „Butterflieger“ genannt.

— Unter Vergiftungsscheinungen, deren Ursache noch nicht sicher festgestellt ist, erkranken in Werda etwa 30 Recruten. Fünf von ihnen sind gestorben, die übrigen auf dem Wege der Besserung. Eine Versteckkommission traf von Leipzig in Werda ein. Vom Erzäh-Bataillon wird zu dem Vorfall mitgeteilt: Bei den Erkrankungen handelt es sich um Vergiftungsscheinungen, die anscheinend durch Blätter einer Pflanze, die sich in verarbeitetem Frischgemüse befinden haben, verursacht sind. Sogendweltliche ansteckende Krankheit liegt nicht vor.

— Dohna. In einer der leichten Nächte ist in einem Grundstück der Kaiser-Wilhelmstraße ein unsangreicher Diebstahl ausgeführt worden. Aus einem verschlossenen Keller wurden Kohlen, eine größere Menge von Götzen mit eingeschlossenen Fröschen, die lebten noch vorhandenen Kartoffeln und eine Anzahl Flaschen mit Wein gestohlen und dabei auch das für eine Familie bestimmte Fleisch mit entwendet. Der oder die Einbrecher müssen mit den örtlichen und familiären Verhältnissen des Verfassers sehr vertraut gewesen sein.

Aus dem Gerichtsstaat.

— Überschreitung der Höchstpreise. Das Schöffengericht in Markkleeberg verurteilte den Kleinfabrikanten Großendacher aus Wengenwalde wegen Überschreitung der Höchstpreise zu einer Woche Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. — Die Stadtkammer in Altenburg verurteilte den Metallhändler Dorcher, der Metalle unter Überschreitung der Höchstpreise austauschte, zu 2000 Mark Geldstrafe, eventuell 200 Tagen Gefängnis.

— Buchhaus für Lebensmitteldiebe. Wegen unangreicher Kräuter und Webbleibstühle und Schiebungen, bei denen es sich um mehrere hunderttausend Mark handelte, wurden in Hamburg der Kolonialwarenhändler Krüger zu 8 Jahren Buchhaus und 3 Jahren Eborerlust, ein Lagerarbeiter zu 1 Jahr 6 Monaten Buchhaus und 3 Jahren Eborerlust, vier Tagelöhner zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

— Nachfrage zu den Stettiner Unruhen. In Stettin hat das Gericht des Kriegsgerichtes nun mehr die Anklagen wegen der Ausschreitungen im sozialistischen erledigt; nur einzelne vertragte Fälle bleiben noch zu entscheiden. Insgesamt waren 220 Personen angeklagt; von diesen wurden 140 verurteilt, und zwar 72 Erwachsene und 68 Jugendliche; freigesprochen wurden 40 und dem ordentlichen Gericht zur Aburteilung überwiesen 87 Angeklagte. In zwei Fällen erfolgte Verzugung und einmal Einzelung des Verbrechens.

Aus den Verlustlisten.

Auszug für Naunhof und Umgegend.

Sächs. Verlustliste Nr. 424.

Soldat Richard Schmidt II. Naunhof, idem v.

Soldat Erich Seifert, Naunhof, idem v.

Sächs. Verlustliste Nr. 425.

Soldat Walter Smigaj, Naunhof, vermisst.

Gef. Paul Gey, Edmerer, vermisst.

Soldat Richard Hirsch, Gutschaine, bisch. vermisst, i. Gefecht. (B. L. 412).

Eingesandt.

Nicht bloß bei uns in Naunhof, auch anderweitig wird viel über die Verwendung von Gas gehetzt. Hierzu kann seitens der Gaslieferanten sehr viel beigebracht werden. Man beobachte jetzt nur einen leichten Gasdruckrichtung. Steckt man ein Gefäß mit Wasser auf, so kann man mit Bequemlichkeit rechnen, daß dreimal so viel Zeit zum Kochen gebraucht wird, als früher. Der Gasdruck ist so gering, daß bisweilen die Flammen von selbst auslöschen. Es wäre doch ratsiger, man lege bestimmte Stunden zum Kochen fest und gebe den nötigen Druck. Dadurch würde man viel mehr erreichen und was das Haushalte ist, sehr viel Gas sparen. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß diesem Ubel abgeholfen wird.

Vertriebene Lichtspielhäuser Leipzig.

Astoria, Windmühlenstraße 31. Ab heute: „Die Mitternachtsfee“, Drama in 4 Akten mit Clara Wieck und Anton von Becker, ferner „Das schwarze Lied“, eine Schlagzeugschöpfung in 3 Akten mit Konrad Dreher, Melitta Petri und Leo Penkert, sowie weitere Filmbearbeitungen.

Colosseum, Roßplatz 12—13. Ab heute: „Die Magd Maria Burn“, Drama in 4 Akten mit Ellen Körber, der Verfasserin des gleichnamigen Romans, ferner „Die kleine Mama“, Drama mit Else Brödtköhl und Karl Laemmle, sowie weitere Filmaufnahmen.

Dasselbe im Wintergarten, Eisenbahndamm 56.

Einladungsscheine.</

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof.

Nr. 82.

Sonntag, den 15. Juli 1917.

28. Jahrgang.

Eingeschmolzene Kronen.

Als die deutsche Reichsbank begann, neben dem gemünzten Gold, das im Umlaufe war, auch verarbeitetes Gold und Juwelen an sich heranzuziehen, waren es zuerst deutsche Herstellerhäuser, die aus ihrem Privatbesitz der guten Sache großer Opfer darbrachten. Die Zeitungen haben damals mitgeteilt, daß von unterem Kaiserpaar angefangen, Fürsten und Fürstinnen manches kostbare und ihnen lieb gewordene Stück des amlichen Goldankaufsstellen zugeführt haben.

Damit wurde eine Uebertreuerung wieder aufgenommen, die an die schweren Tage des preußisch-deutschen Vaterlandes anknüpft, an die Zeit, da die Niedergang des Kaisers furchtbar über unserer Heimat lag. Wie damals der Vermüte und der Miedrigtheit gab, so gab auch der Reich und Königliche. Gleich einem Spiegelbild der Zeit wirkte eine bisher unbekannt gebliebene Rabinellisorder, die König Friedrich Wilhelm III. am 21. März 1808 von Königsberg aus an seinen großen Staatsminister, den Erneuerer Preußens, Freiherrn vom Stein, rückte. Der König teilte darin mit, daß er „recht gern das goldene Service und die Kronjuwelen zur Disposition stelle“, und er duhet sich im einzelnen darüber, wie die Schätze, von denen er sich mit einer Entschuldigung trennen wollte, am besten transportiert werden könnten. Inmitten des französischen Drucks war die Sendung von mancherlei Gefahren bedroht, und so wird auch der Vorschlag des Freiherrn vom Stein verständlich, die Kleinodien einem Königsberger Kaufmann zu übergeben, der sie „als sein Eigentum“ an ein Berliner Haus „ohne Aufsehen“ absetzen müsse. Jener Rabinellisorder legte der König ein genuines Verzeichnis bei, aus dem wir erfahren, wieviel gelagert und ungefähr Edelsteine und aus Gold geschmiedete Schmuckstücke aller Art und Form aus dem Bestand der Krone hingegaben wurden. Aber auch „ein königlicher Siegler mit einigen Brillanten und kostbaren Steinen“ befindet sich darunter, ferner „noch sechs Kronen, welche Seine Majestät allerhöchst selbst in Augenschein genommen haben und welche groben Stücke mit roten kostbaren Steinen und Perlen garniert, einige doch Gold sind“. Darunter waren auch die von Warschau herrührende polnische und die von Danzig herrührende sogenannte Elbinger Krone. Wieviel Erinnerungen mußten für den König an diese Insignien geknüpft sein, wieviel aufrechterhaltender Stolz war in ihnen verdeckt! Über das Land dorhte, und der Pflichtswert mußte vor dem Gold- und Juwelenvwert zurücktreten.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus der Geschichte einer großen Zeit, und der Sinn, der sich hier ausspricht, hat seine Bedeutung noch für unsere Tage behalten. Vieles untrübares Gold, viele Goldbarkeiten liegen in den Truhen unserer Adels- und Bürgerhäuser. Seht ih, so verschieden die Umstände sein mögen, wieder eine Zeit da, in der es heißt: das Gold, und zwar sowohl das gemünzte Gold, wie das Gold in der Form von Schmuckstücken, das nicht dem allgemeinen Wohl dienstbar gemacht wird, dieses Gold hat keinen Wert verfehlt. Über es wird ein dienendes Glied, wird ein Mitkämpfer in dem harten Kampf sein, den Deutschland um sein Dasein führt. Sobald es dem Reich zur Verfügung gestellt wird als freie Opfergabe gegen Erhaltung des Goldsteinwertes.

Wenn das Eisen unsere Wehrkraft ist, soll das Gold unsere wirtschaftliche Röhre kraft sein. So möchte man jedem, der es beschafft, urufen: ein König gab seine Kronen, gib auch du, was du hast!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• In der letzten Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme der Entwurf einer Verordnung über zwangsweise Verwaltung und Liquidation des inländischen Vermögens landesfürstlicher Personen, der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Kohlesteuergesetz vom 8. April 1917, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Belegung der Gewerberichter, der Kaufmannsgerichte und der Innungsgerichte während des Krieges, der Entwurf einer Verordnung über Auskunftsplicht, der Entwurf einer Verordnung über den Verkauf mit Bild, der Entwurf einer Bekanntmachung über wiederkehrende öffentliche Lasten von Grundstücken, der Entwurf einer Bekanntmachung zur Ergänzung der Verordnung betreffend Liquidation britischer Unternehmungen und der Entwurf einer Verordnung betreffend Auflösungssatzung der Zweimarkstädte.

• Die mit dem Balkanzug in Berlin eingetroffene Abordnung der türkischen Presse setzt sich aus den Hauptredakteuren von sieben der hervorragendsten Konstantinopeler Blättern zusammen. Sie sind Gäste der deutschen Presse, von deren Vertretern sie mit kollegialer Herzlichkeit empfangen wurden.

Rußland.

• Nach Berichten über Stockholm dauern die Unruhen in Finnland an. Der Kampf zwischen finnischen Bauern und russischen Soldaten in Härnö endete mit einem Sieg der Bauern. Diese marschierten in Verstedten, bis die Soldaten alle Munition verloren hatten, und stürzten sich dann auf die Russen, von denen über 50 verwundet oder getötet wurden — Stockholms „Tidningar“ meldet aus Haparanda, daß sich die Truppen in der Ukraine geweigert hätten, an „Kerenski Offensive“ teilzunehmen. 5000 Soldaten hätten den großen Bahnhof von Kiew besetzt und versuchten, andere Soldaten dazu zu überreden, gleichfalls die Abreise an die Front zu verweigern.

• Die provisorische Regierung fühlt sich des Heeres durchaus nicht so sicher, wie sie in ihren schwungvollen Erklärungen sich den Anhänger gibt. Der Widerstand gegen die offensive Kerenski ist infolge der furchtbaren russischen Verluste nicht nur in der Bürgerstadt, sondern auch im Heere selbst erstaunt. Die Regierung verlustet nun ihren Einfluß in der Armee dadurch zu mehren, daß sie bei jedem Oberkommando Regierung-Militärräte einsetzt. Diese sollen von ihr im Einvernehmen mit dem Höchstkommandierenden ernannt werden. Die Kommissare werden nach den Anordnungen des Kriegsministeriums dazu beitreten, alle politischen Fragen, die in Heer und Marine auftauchen, in gleichmäßiger Weise zu lösen und die Arbeiten der Armeekommissionen in Einklang zu bringen.

Schweiz.

• Der Fall Hoffmann wird durch die Ankunft des bisherigen schweizerischen Gesandten in Petersburg Odier in Bern von neuem ins öffentliche Interesse gezogen. Herr Odier wurde bekanntlich von seinem Petersburger Posten infolge des Deutschenstreits zwischen dem Bundesrat Hoffmann und dem Nationalrat Grimm, dem Blümmerwalder Sozialisten, über die Ausichten einer Friedensverhandlung abberufen. Die Deutschen, die den Unmut der proklamierten Regierung in Petersburg (in Wahrheit vielmehr den Unmut der Entente) erregt hatten, waren durch die Schweizer Gesandtschaft in differenter Form ver-

mittelt worden, wofür die Gesandtschaft mit Drahtsperrre bestraft wurde. Odier hatte bereits mit Bundesrat Hoffmann, dem Nachfolger Hoffmanns, im Departement des Auswärtigen Besprechungen von angeblich größter Wichtigkeit.

Holland.

• Nach dem Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Holländisch-Sandinavischen Komitees und der russischen Abordnung der Weltkrieg gefasst die internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm endgültig auf den 16. August zusammenzurufen. Ihre Tagessitzung wird sein: Weltkrieg und Mittel zu seiner schnellen Beendigung. Der Aufruf zur Konferenz wird an die sozialistischen Parteien aller Länder in deutscher, russischer, französischer und englischer Sprache verandt. Die russischen Abgesandten reisen nun nach London, Paris und Rom, um die Sozialistische Parteien der Entente persönlich zur Friedenskonferenz einzuladen.

Schweden.

• Englands Blätter, den Krieg zu benutzen, um sich an den Küsten der Ost- und Nordsee festzusetzen, treten immer stärker ans Licht. Wie in Stockholm verlaufen, herrscht neuerdings in Norwegen eine steigende Unruhe über angebliche Verhandlungen, in die Norwegen über die Verwachung gewisser Gründstücke in dem für die englische Bevölkerung des Skagerraks wichtigen, an der Südostküste Norwegens gelegenen Kristiansand mit den Engländern eingetreten sein soll. Schwedische Blätter berichten in letzter Zeit wiederholt über Vorbereitungen der Engländer, sich in finnischen Häfen festzuleben und den Ausbau der Åland-Inseln zu einer dauernden Festung zu übernehmen.

• „Stockholms Tidningar“ behandelt unter der Überschrift „Die Gefahr von Westen“ die Drohungen der Vereinigten Staaten. In dem ersten Artikel heißt es: „Angesichts der neuen Lage, der erwarteten, in der wir uns während des Krieges befanden, muß klar gemacht werden, daß wir — welche Schwierigkeiten, Rücksichtlosigkeiten und Übergriffe Amerika in dem mißbrauchten Namen der Demokratie auch gegen uns anwendet — nicht für ein anderes Ziel in den Krieg gehen wollen, als um unsere Erde und nationale Selbstständigkeit gegen fremde Angriffe zu verteidigen. Es muß klar gemacht werden, daß die Erklärung des Ministers des Auswärtigen vor dem Reichstag am 13. Juni über die Aufrechterhaltung auch unserer handelspolitischen Neutralität den einzigen unerschütterlichen Willen des Volkes ausdrückt.“

Hus und Australien.

Amsterdam, 13. Juli. Wie verlaufen, ist zum Nachfolger Buchanan auf dem Petersburger englischen Botschafterposten der Arbeitsminister Henderson bestimmt.

Paris, 13. Juli. Der Vertragsgesamtminister Violette wird dem Ministerialrat für den kommenden Monat Oktober die Kontingentierung des Brotes in Frankreich vorschlagen, da die Getreideernte ungünstig sei.

London, 13. Juli. Der englische Lebensmittelkontrollleur erklärte, daß im September Höchstpreise für Fleisch eingeführt werden sollen.

London, 13. Juli. Chamberlain hat am Abend während des Debates des Unterhauses über die Vorgänge in Mesopotamien seinen Rücktritt bekanntgegeben.

Athen, 13. Juli. Zwischen der griechischen und der serbischen Regierung werden Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages zwischen beiden Ländern geführt.

Washington, 13. Juli. Die gesamte Stahlproduktion für Kriegszwecke ist zur Verfügung der Regierung gestellt worden zu Breiten, die von der staatlichen Handelskommission auf Grund der Produktionspreise festgelegt werden sollen.

Newport, 13. Juli. Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, soll seinen Rücktritt aus dem diplomatischen Dienst eingereicht haben und sich ins Privatleben zurückziehen wollen.

Santiago de Chile, 13. Juli. Das chilenische Ministerium ist nach einer Katastrophe verhindert.

Der Krieg.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilung des Württembergischen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 13. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen und Artois-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark. — Feindliche Vorstöße östlich von Rijsel, südlich von Oornoy bei Hulluch und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Wieder war die Kampftätigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maas-Ufer erreichte das Feuer abends große Heftigkeit. — An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in fröhlichem Drangsehen die vom Feinde am 8. 7. zurückeroberter Gräben wieder. Die Besetzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt. Die von uns in den Kämpfen am 28. 6. genommenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich ihrer Vorfelder damit wieder voll in unserer Hand. — Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsbataillon bei Brunoy uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, 2 weitere durch Abwehrfeuer. Oberst Ritter von Lützow, der am 12. Juli zwei feindliche Flieger zum Absturz brachte, errang gestern durch Absturz eines Feindballons den 16. Luftsieg.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Krone des Generalfeldmarschalls Prinzessin Sophie von Bayern. An der Dina bei Smorgon und an der Schlesse war die Geschäftstätigkeit rege; auch westlich von Luck lebte sie infolge eigener Erkundungsbeförderung zeitweise auf. — Südlich des Donets sind an mehreren Stellen der Domica-Vierte russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden. — An der

Front des Generalobersten Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen drangen nach starkerem Feuer mehrfach feindliche Ausflüge. Abteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front. Ostlich der Nähe Plana löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß östliche Gegenangriffe der Serben aus; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wien, 13. Juli. In Rumänien und bei der Heeresfront des Generalobersten Erzherzogs Joseph lebte feindliche Ausflüge. An der Domica-Stellung wurden mehrere russische Vorstöße abgeschlagen. In Walhynien lösten unsere Erkundungsbataillonen stellenweise reges Geplänkel aus.

24 000 Raumtonnen versenkt.

Neue U-Boote-Erfolge in der Biscaya und im englischen Kanal: 24 000 Br. Reg. Lo. Unter den versunkenen Schiffen befinden sich der bewaffnete englische Dampfer „Abdah“ (4397 Lo.) mit Stückgut von Kanada nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer „Bearn“ (1271 Lo.) mit Stückgut von Dakar nach Béziers, die französischen Segler „Alexandre“ mit Holz von Texas nach Béziers, „La Tour d’Argon“ mit Holz von Texas nach Béziers, portugiesischer Dampfer „Tabo Verde“ (2220 Lo.) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Eis und Erdnüssen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsche U-Boote im Eismeer.

Das Kopenhagener Blatt „Vestlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Nordschweden wird berichtet, daß in den dortigen Gewässern deutsche U-Boote tätig seien. Gerüchteweise wird gemeldet, es seien mehrere Dampfer ausgebracht worden, darunter der schwedische Dampfer „Rorland“. Ein deutsches U-Boot hielt am 11. den Svensk-Dampfer Karl von Linne an. Der Dampfer erhielt jedoch noch Untersuchung der Schiffspapiere Erlaubnis zur Weiterreise.

Englischer Phantasiestieg.

Der englische drablose Volkshundienst vom 12. Juli meldet, daß bei einem Angriff von Marinelaufzählerzügen auf die türkische Flotte in Konstantinopel in der Nacht des 9. Juli der Panzerkreuzer „Göben“ und andere danebenliegende Schiffe getroffen worden seien, daß gewaltige Explosionswellen auf Bord stattgefunden hätten und mehrere Brände ausgebrochen wären. Das Kriegsministerium wäre ebenfalls getroffen worden. — Hierzu erfahren wir von aufständiger Seite, daß bei dem fraglichen Angriff die „Göben“ und das Kriegsministerium unbeschädigt geblieben sind, desgleichen die dort liegenden U-Boote. Nur ein Torpedoboot hat durch eine Bombe Beschädigungen erlitten.

Das erste Opfer der englischen Minensperre.

Die neue englische Minensperre an der Küste Hollands hat ihr erstes Opfer gefordert. Der Dampfschrauber „Elijah“ aus Dymuiden ist bei der Insel Terchelling auf eine Mine gestoßen und in die Luft gesprengt. Von den 11 Mann der Besatzung wurden 8 getötet und 4 verwundet, darunter einer schwer.

Paris, 13. Juli.

Der Minenjäger „Jupiter“ lief am 12. Juli im Ärmelkanal auf eine Mine und sank. 11 Personen werden vernichtet.

Kleine Kriegszeitung.

Berlin, 13. Juli. In den letzten 14 Tagen sind auf St. Quintin etwa 2000 Schüsse gefallen. Die Kathedrale erhielt 60 Treffer und wird mehr und mehr zur Ruine.

Brüssel, 13. Juli. Aus den durch unsere Artilleriebewirkung völlig verschütteten englischen Stellungen an der Yser wurden bisher 36 Maschinengewehre, 18 Minenwerfer und 1 Revolverkanone als Beute eingebracht.

Kopenhagen, 13. Juli. Die dänische Regierung hat gegen die Verletzung des dänischen Motorochters „Djurgård“ Protest einlegen lassen.

Moskau, 13. Juli. Hier herrscht grobe Verbitterung gegen das Fliegerkorps. Vor der Besetzung wurde auf die Stadt freudigen russischen Flieger geschossen. Ein unbefestigter Platz vor dem Aeroplano des Fliegerkorps wurde ab und verwundete Soldaten gefährlich.

Deutscher Reichstag.

(115. Sitzung.) OB. Berlin, 13. Juli. Um Tische des Bundesrats sitzt der Staatssekretär Dr. Helfferich. Auf der Tagessitzung stehen:

Meine Anfragen.

Abg. Windfuß (Söldler) weist darauf hin, daß im Reichslande der Westen von Einzelunternehmen und Firmen, die bisher unter Zwangsverwaltung gestanden haben, in Liquidation übergeführt und in dieser Form zur Zwangsenteignung gebracht werden. Abg. Windfuß fordert, daß die allgemeinen Bestimmungen, die zu Beginn des Krieges über die Zwangsverwaltung erlassen werden mußten, auch mit der Zeit im Reichslande angewendet werden müssen.

Abg. Kuhnen (L. Soz.) fordert die Entlassung von kaukasischen Ausländern aus dem deutschen Armeeverband. Oberst Marquardt entgegnet, daß die vorgebrachten Fälle geprüft werden seien. Bei 11 von 18 Fällen sei die Wirkung abgeschlossen. Sie habe ergeben, daß die betreffenden Personen zu Recht zum Heeresdienst berangesehen werden sind.

Abg. Dr. Quard (Soz.) erhebt Einпрuch gegen die Verwendung von Öl und vor allem von Bader zur Weinbereitung. Direktor von Oppen teilt mit, daß diese Frage sorgfältig geprüft werde. Rüheres werde er bei einer späteren Anfrage mitteilen.

Der Sozialdemokrat Abg. Ebert weist auf die Unzulänglichkeit der Alters- und Invalidenrenten in diesen Leistungsfähigkeit zu. Ministerialdirektor Casper sagt, daß Reichsmittel für Aufbesserung zur Verfügung gestellt seien.

Auf eine Anfrage des Abg. Held (nat.) antwortet Ministerialdirektor Sonniger, bis zum Juni 1917 hätten die Viehhändlerverbände für fest angebotene Schlachtvieh den mäßigenden Preis bezahlt und keinen beregelebt.

Oberst Bröselberg Sicher auf eine politische Anfrage wegen angeblicher Zwangsarbeit der Einwohner von Großen

